

3863/J XX.GP

der Abgeordneten Heide Schmidt, Volker Kier und PartnerInnen
an den Bundeskanzler

betreffend Roma Siedlung in Oberwart

Im Februar 1995 erschütterte ein Terroranschlag gegen die Roma von Oberwart, bei dem vier Menschen getötet wurden, ganz Österreich.

Dieses schreckliche Ereignis war unter anderem auch Anlaß, der Öffentlichkeit die diskriminierende soziale und gesellschaftliche Situation der Roma und Sinti in unserem Land bewußt zu machen.

PolitikerInnen auf Bundes - und Landesebene, allen voran

Bundeskanzler Vranitzky und Landeshauptmann Stix sagten sofort unbürokratische Hilfe zu, um die Lebens- und Wohnbedingungen der Roma in Oberwart zu verbessern. Roma und Sinti sind zwar seit 1996 als Volksgruppe in Österreich anerkannt und das Land Burgenland hat auch seine Zusagen, Gemeindewohnungen der Roma in Oberwart zu renovieren, eingehalten. Grundsätzlich gebessert hat sich jedoch in den letzten drei Jahren für die Betroffenen kaum etwas, folgt man dem erst kürzlich am 4. Dezember dieses Jahres vorgestellten Bericht der Österreichischen Liga für Menschenrechte, in dem es heißt:

„Unverändert prekär ist die Situation der Roma und Sinti im Burgenland und auch anderswo in Österreich. Sie sind noch immer an den sozialen Rand gedrängt und gesellschaftlich geächtet, da keine Möglichkeiten für die gesellschaftliche Integrierung der Volksgruppe und das Aufhalten der Assimilierung vorhanden sind.“

Auch hat der Bund die seinerzeit gemachten Zusagen, die Roma Siedlung in Oberwart zu renovieren, bis heute nicht realisiert.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher in diesem Zusammenhang an den Herrn Bundeskanzler nachstehende Anfrage

1. Welche konkreten Zusagen wurden im Jahr 1995 seitens des Bundes gegenüber den Roma in Oberwart gemacht?
2. Wurden bereits einige Projekte aufgrund dieser Zusagen in Angriff genommen?

3. Wenn nein: Weshalb wurden diese Zusagen bis heute nicht eingehalten?
4. Wann werden Sie die seinerzeit gemachten Versprechungen in die Tat umsetzen?
5. Welche konkreten Projekte sind geplant und wann soll damit begonnen werden?
6. Wie hoch sind die dafür vorgesehenen Mittel?
7. Ist in diesem Zusammenhang nur eine einmalige finanzielle Hilfe vorgesehen oder sind Projekte für mehrere Jahre geplant?
8. Welche weiteren Maßnahmen zur Förderung der Roma und Sinti sind seitens der Bundesregierung geplant, bzw. bereits in Angriff genommen worden, um angesichts der noch immer, wie die Österreichische Liga für Menschenrechte es formuliert, prekären Situation dieser Volksgruppe deren soziale und gesellschaftliche Lage zu verbessern?